
Weltgesellschaft

Schlaglicht

Warum wir der Zukunft einen Platz am Verhandlungstisch geben sollten: Zukünftige Generationen in der Post-2015-Agenda

Die zukünftigen Generationen, um deren Interessenvertretung und Lebensgrundlagen sich die Brundtland-Kommission bereits 1987 sorgte, sind heute 27 Jahre alt. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) beschreibt sie als die »verlorene Generation«: Die Jugendarbeitslosigkeit ist weltweit auf Rekordhöhe und erreicht bis zu 60 % in vergleichsweise reichen Ländern wie Griechenland oder Spanien. Die Austeritätspolitik zur »Rettung« des konventionellen Wirtschaftsentwicklungsmodells trifft die jungen und weniger wohlhabenden Bevölkerungsgruppen am härtesten (Schraad-Tischler/Kroll 2014, S. 6). Gleichzeitig werden Umweltschutz, Rechte von Arbeitnehmern und Unternehmensbesteuerung als Einschränkung der Wettbewerbsfähigkeit und als Wachstumsbremsen betrachtet und auf den Prüfstand oder hintangestellt. Die Leidtragenden sind nicht nur die heute unter dem Verdrängungswettbewerb leidenden zukünftigen Generationen von damals. Durch eine weitere Verschärfung dieses Trends werden die

heute und in den nächsten Dekaden geborenen Generationen noch stärker betroffen sein.

Es wird also höchste Zeit, die Diskriminierung der Zukunft zu beenden und den künftigen Generationen einen offiziellen Platz am Verhandlungstisch einzuräumen. An einem Mangel an öffentlicher Zustimmung sollte es dafür zumindest in Europa nicht scheitern: Knapp drei Viertel der Europäer zeigten sich im Jahr 2010 als Unterstützer weitreichender Reformen der europäischen und nationalen Regierungsinstitutionen, um sie zukunftsgerecht zu machen. Über 70 % gaben an, dass diese Reformen zukünftige Generationen schützen sollten, selbst wenn dies »einige« Opfer für heutige Generationen bedeute (Eurobarometer 73 2010, S. 24).

Aus der Perspektive der Transformationsforschung erscheinen Governance-Innovationen, die die Rechte zukünftiger Generationen berücksichtigen, überfällig, da diese zur Überwindung mehrerer Umsetzungsschwierigkeiten von Nachhaltigkeitzielen und -strategien beitra-

Auszug aus dem Bericht der Brundtland-Kommission

»Ohne Absicht oder Aussicht auf Rückzahlung borgen wir heute von künftigen Generationen unser ›Umweltkapital‹ (...). Unser Verhalten ist bestimmt von dem Bewusstsein, dass uns keiner zur Rechenschaft ziehen kann. Künftige Generationen haben heute kein Wahlrecht, sie verfügen über keinerlei politische oder finanzielle Macht und sind uns daher ohnmächtig ausgeliefert« (Hauff 1987, S. 9).

gen. Analysen von der *Organisation for Economic Co-operation and Development* (OECD), der EU und den Vereinten Nationen (UN) zwischen 2006 und 2011 haben folgende Barrieren übereinstimmend festgestellt (OECD 2006, S. 7 f.; Europäische Kommission 2009, Kapitel 4; United Nations 2011, S. 4 ff.):

1. Kurzfristige Geschäfts- und Wahlzyklen priorisieren direkte Ergebnisse gegenüber langfristigen Entwicklungen. Eine Folge davon ist, dass kurzfristige Kosten vermieden werden und so der Status quo erhalten bleibt.
2. Die Ziele für nachhaltige Entwicklung sind öffentlich wenig bekannt, und etliche politische Ressorts sowie viele Wirtschaftssektoren und deren Interessenvertreter bleiben fast gänzlich unbehelligt von dem oft auf ein reines »Umwelthema« reduzierten Konzept.
3. Eine integrierte Politik wird durch schwache institutionelle Verankerung und ein mangelndes Maß an

Rechenschaftspflicht im Hinblick auf langfristige Folgen behindert. Hinzu kommt, dass Konflikte zwischen ökonomischem Wachstum und sozialen wie ökologischen Zielen nicht transparent gemacht werden.

4. Mangelnde Partizipation der Zivilgesellschaft gefährdet die Effektivität von Demokratie in Zeiten, in denen eine strukturelle Umsteuerung traditioneller Entwicklungspfade nötig ist.

Governance-Innovationen werden hierbei nicht nur als Veränderung von Gesetzestexten und institutionellen Arrangements verstanden, sondern umfassen auch soziale, ökonomische und kulturelle Dimensionen gesellschaftlicher Entscheidungsfindung. Der Zukunft eine explizite Stimme im öffentlichen Raum und Durchsetzungskraft in politischen Prozessen zu geben, würde die genannten Probleme auf mehreren Ebenen angehen.

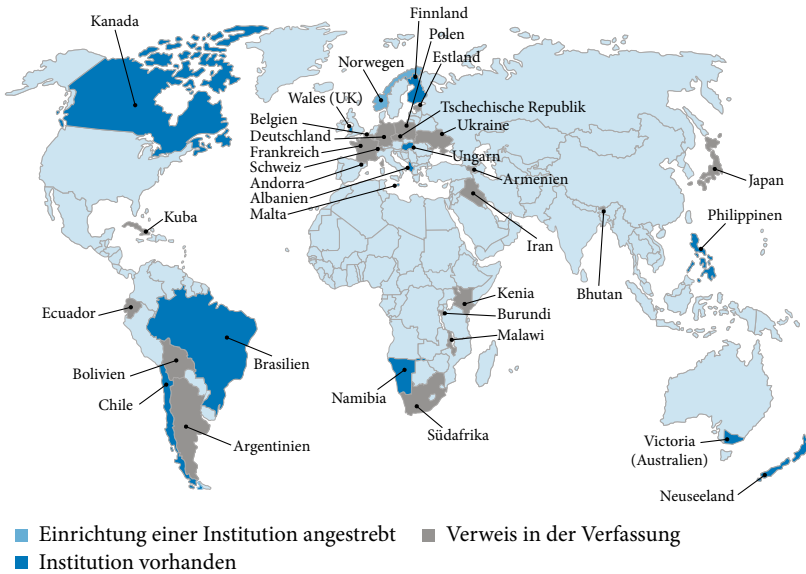
Die Stimme zukünftiger Generationen im Post-2015-Prozess

Entsprechend forderte ein Bündnis aus Zivilgesellschaft und einigen Staaten in den Verhandlungen zur UN-Konferenz über Nachhaltige Entwicklung 2012 (Rio+20) einen Hohen Repräsentanten für zukünftige Generationen. Im Verhandlungstext wurde diese Forderung in der Weise abgeschwächt, dass der UN-Generalsekretär zunächst einen Bericht zur Bedeutung intergenerationaler Solidarität und den Interessen zukünftiger Generationen erstellen sollte. Der 2013 präsentierte Bericht unterstützt eine explizite Vertretung der Interessen zukünftiger Generationen und ethisch-nor-

mativ gegenüber rein ökonomischen Kosten-Nutzen-Kalkulationen bei heutigen Entscheidungsprozessen (United Nations 2013). Die Vorschläge zur Umsetzung reichen von der Ergänzung der Analysen des UN-Koordinierungsrates (*UN System Chief Executives Board for Coordination*) über einen festen Agenda-Punkt auf den Treffen des *UN High Level Political Forum*, das die Umsetzung der Post-2015-Agenda koordinieren soll, bis hin zu einem Sondergesandten des UN-Generalsekretärs. Die stärkste Institution wäre ein Hoher Repräsentant für zukünftige Generationen, ausgestattet mit

Abbildung 1: Institutionen für die Rechte künftiger Generationen – ein weltweites Phänomen

Übersicht über Länder, die die Rechte künftiger Generationen in ihren Verfassungen verankert haben oder bereits über eine entsprechende Institution verfügen bzw. eine solche anstreben, Stand: Oktober 2014



Hinweis: Die Übersicht erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Quelle: adaptiert nach <http://www.futurejustice.org/resources/global-view-of-mechanisms-recognising-future-generations>, 07.11.2014 (die dortige Übersicht wird laufend aktualisiert)

einem eigenen kleinen Sekretariat und einem umsetzungsorientierten Mandat, das sich bis auf die Interaktion mit Mit-

gliedstaaten erstreckt, wenn auch nur in rein beratender Funktion.

Das Modell der Ombudsperson für zukünftige Generationen

Die Institutionen auf nationaler Ebene, die als Vorbilder für diese Überlegungen gedient haben, sind zum Teil sehr wirkmächtig; sie könnten für die Umsetzung einer Post-2015-Agenda sehr bedeutend sein. Eine Institutionalisierung in Form von Ombudspersonen für zukünftige

Generationen hat sich dabei als stärkste Variante erwiesen (World Future Council/CISDL 2009). Ein proaktives und präventives Mandat wie bei der Ombudsperson in Ungarn, dem neuseeländischen Kommissar für die Umwelt oder dem ehemaligen Parlamentari-

schen Kommissar für zukünftige Generationen in Israel hat zur Folge, dass durch entsprechende Studien, Beratung und Folgenabschätzung eine langfristige Denkweise frühzeitig in legislative Prozesse eingebracht wird (Göpel 2011).

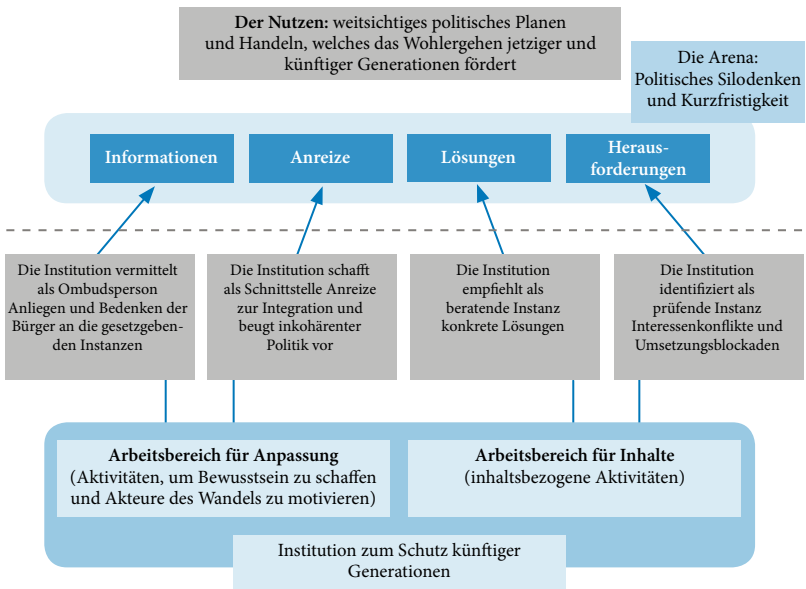
Durch das Parlament legitimiert, arbeiten Ombudspersonen komplett partei- und wahlzyklusübergreifend auf die Sicherung guter Regierungsführung hin. Dafür haben sie direkten Zugriff auf alle sonst für die Zivilgesellschaft kaum zugänglichen Informationen aus den Regierungsstellen. Ein großer Teil ihrer Arbeit entsteht aus Hinweisen oder Klagen aus der Bevölkerung und wirkt damit als demokratiefördernde Rückkopplung

zwischen legislativen Organen und den Menschen, die mit den Entscheidungen leben und arbeiten.

Auch ein Veto-Recht, geplante Aktivitäten so lange zu stoppen, bis eine solide Beweislage über deren Effekte geliefert wird, ist für Ombudspersonen typisch und bringt deutlich mehr Durchsetzungskraft als ein reines Anhörungsrecht. Im Falle Ungarns gibt es sogar die Möglichkeit, einzelne Projekte oder Programme im Namen von zukünftigen Generationen vor Gericht anzufechten. Hier entsteht ein Schatten der Gerichtsbarkeit, der in der Regel zu vorherigen Einigungen führt.

Abbildung 2: Neuartige Herausforderungen erfordern neue Herangehensweisen
Mögliche Arbeitsweisen von Institutionen zum Schutz künftiger Generationen

WIE KÖNNTE EINE INSTITUTION ZUM SCHUTZ KÜNFTIGER GENERATIONEN ARBEITEN?



Quelle: Göpel/Pearce 2014, S. 3; adaptiert durch die Autorin

Zukunftsorientierung als Katalysator für Nachhaltigkeits-Innovationen

Sind die wichtigsten Kriterien für eine effektive offizielle Repräsentanz zukünftiger Generationen erfüllt [vgl. Abbildung 2], lassen sich multidimensionale Effekte erwarten, die zentrale Barrieren der Umsetzung von Nachhaltigkeitsstrategien adressieren würden:

- **Ökonomisch:** Eine bessere Sichtbarkeit von entsprechenden Analysen schafft deutlich mehr Bewusstsein für die meist viel höheren langfristigen Schäden kurzfristiger Kostenvermeidung und verdeutlicht die Rolle ökologischer und sozialer Grundlagen für zukünftigen Wohlstand. Was heute primär als Einschränkung des aktuellen Konsums behandelt wird, kann so als Investition in zukünftiges Wohlergehen betrachtet werden.
- **Institutionell:** Wenn Regulierungen und Selbstverpflichtungen unabhängig von Wahl- und Geschäftszyklen aus einer integrierten Perspektive auf ihre langfristigen Konsequenzen hin beleuchtet werden, wird die Politikkohärenz erhöht. Mediationen zwischen Konfliktparteien in konkreten Fällen fördern sektorübergreifende Sichtweisen und verdeutlichen Zielkonflikte, die heute oft hinter unausgesprochenen Gewichtungen in ökonomischen Kosten-Nutzen-Analysen verschwinden.
- **Soziokulturell:** Das explizite Ziel, sich für die Lebensbedingungen von

Kindern und Enkeln einzusetzen, verleiht dem technokratischen Konzept von »nachhaltiger Entwicklung« Vorstellungskraft und kann eine rückwärtsgewandte Definition von aufrechnender Gerechtigkeit oder »Wenn-du-nicht-dann-ich-nicht«-Denken mit einer gemeinsamen Vision überwinden helfen. Dem Leitbild nachhaltiger Entwicklung wird eine aktive und wirksame Stimme verliehen.

Zukünftige Generationen an den Verhandlungstisch zu holen, kann also eine Katalysatorfunktion erfüllen, die Synergien zwischen bereits bestehenden Institutionen und Initiativen stärkt und zu dem führt, was die Transformationsforschung als Systeminnovation bezeichnet: Wenn die Absicht, die ein System verfolgt, nicht mehr stimmig ist, reicht es nicht aus, sie effizienter oder konsistenter zu verfolgen; dann braucht es ein konsequentes Umsteuern hin zu neuen Funktionsweisen. Die zeitliche Dimension ist elementarer Baustein der Vision nachhaltiger Entwicklung, blieb aber bisher in den Rahmenbedingungen, unter denen wir Menschen Zukunft gestalten, völlig vernachlässigt. Es ist höchste Zeit, uns aus der Diktatur des Jetzt zu befreien und die neuen Freiheiten zu testen, die langfristige Orientierung mit sich bringen kann.

Literatur

- Eurobarometer 73 2010: Public Opinion in the European Union (http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb73/eb73_first_en.pdf, 11. 11. 2014).
- Europäische Kommission 2009: Förderung einer nachhaltigen Entwicklung durch die EU-Politik: Überprüfung der EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung 2009 (<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52009DC0400&from=EN>, 11. 11. 2014).
- Göpel, Maja 2011: Guarding our Future: How to Protect Future Generations, in: Solutions, Jg. 1/6 (<http://www.thesolutionsjournal.com/node/821>, 20. 10. 2014).
- Göpel, Maja/Catherine Pearce 2014: Guarding our Future: How to Include Future Generations in Policy-making (http://www.futurejustice.org/wp-content/uploads/2014/06/brochure_guarding_en_final_links2.pdf, 11. 11. 2014).
- Hauff, Volker (Hg.) 1987: Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, ungekürzte Ausgabe, Greven.
- OECD (Organisation for Economic Cooperation and Development) 2006: Good Practices in the National Sustainable Development Strategies in OECD Countries (<http://www.oecd.org/greengrowth/36655769.pdf>, 11. 11. 2014).
- Schraad-Tischler, Daniel/Christian Kroll 2014: Social Justice in the EU – A Cross-national Comparison (http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-4E9D223E-BB74391C/bst_engl/xcms_bst_dms_40363_40364_2.PDF, 11. 11. 2014).
- United Nations 2011: Synthesis Report on Best Practices and Lessons Learned on the Objective and Themes of the United Nations Conference on Sustainable Development (<http://www.uncsd2012.org/content/documents/N1121365.pdf>, 11. 11. 2014).
- United Nations 2013: Intergenerational Solidarity and the Needs of Future Generations. 68th Session of the General Assembly (<http://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/2006future.pdf>, 11. 11. 2014).
- World Future Council/CISDL (Centre for International Sustainable Development Law) 2009: National Policies & International Instruments to Protect the Rights of Future Generations. A Legal Research Paper (http://www.worldfuturecouncil.org/fileadmin/user_upload/PDF/RepresentationFuture_Generations.pdf, 25. 10. 2014).

Maja Göpel